

Sitzung Nr. 3 vom 25. März 2014

| | |
|---------------------------------|--|
| Vorsitz | François Scheidegger, Stadtpräsident |
| Anwesend | Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Urs Wirth Anna Duca (Ersatz) Hubert Bläsi Renato Müller Richard Aschberger Marc Willemin (Ersatz) Ivo von Büren Andreas Kummer Marco Crivelli Nicole Hirt |
| Entschuldigt | Clivia Wullimann Aldo Bigolin Heinz Müller |
| Anwesend von Amtes wegen | Claude Barbey, Stadtbaumeister David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Robert Gerber, Leiter S+B Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung Roger Kurt, Vorsitzender GLSG Paul Hartmann, Präsident FKSG Kurt Boner, Leiter SDOL Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin) |
| Dauer der Sitzung | 17:00 Uhr - 20:00 Uhr |
| TRAKTANDEN | (2776 - 2790) |
| 1 | Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 25. Februar 2014 |

- 2 2776 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 3 2777 Motion Fraktion CVP: Durchführung einer anonymen Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 4 2778 Motion Richard Aschberger (SVP): Auflösung Fachkommission Schulen Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2779 Petition an den Gemeinderat der Stadt Grenchen. „Erhaltung der Tempo 30 Zone an der Kastelsstrasse“ in der heute bestehenden Form und Rückkommensantrag Stiftung Alterssiedlung Grenchen
- 6 2780 Turnverein Grenchen: Sanierung des Sportstadions / Orientierung
- 7 2781 APG|SGA Allgemeine Plakatgesellschaft AG, Hardstrasse 43, 4002 Basel / Pachtvertrag vom 01.01.1993, Nachtrag vom 01.01.2002 und Vertragsanpassung vom 01.01.2009 / Nachtrag per 01.01.2014
- 8 2782 Verkehrssituation Zentrum Süd / Konzeptstudie / Kenntnisnahme
- 9 2783 IR 620.501 und IR 711.501 / Erschliessung Langhag / Projektgenehmigungen / Kreditbewilligungen
- 10 2784 Aufgabenbereich Leitungskataster der Stadt Grenchen / Personalsituation / Stelle Messgehilfe Leitungskataster
- 11 2785 Interpellation Remo Bill (SP): Veto gegen Wegzug der Veranlagungsbehörde
- 12 2786 Interpellation Remo Bill (SP): Auch in Zukunft "Porsche Design Timepieces" in Grenchen?
- 13 2787 Interpellation Richard Aschberger (SVP): Neue und attraktive Wohn- und Bauzonen als Standortvorteil
- 14 2788 Interpellation Angela Kummer (SP): Wie weiter mit dem SMKS?
- 15 2789 Interpellation Alexander Kaufmann (SP): Zukunft des Fussballsports in Grenchen
- 16 2790 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Stadtpräsident François Scheidegger orientiert den Gemeinderat, dass sich Stadtschreiberin Luzia Meister beim Schneeschuhwandern den Fuss gebrochen hat. Sie ist bis 27. April 2014 krankgeschrieben. Er wünscht ihr im Namen des Gemeinderates gute Besserung und die dazu nötige Geduld.

Das Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 25. Februar 2014 wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

Deckblatt

Das Deckblatt enthält einige Fehler:
Es fehlen Angela Kummer und Richard Aschberger,
welche an der Sitzung anwesend waren.
Reto Mosimann und Marc Willemin sind fälschlicher-
weise aufgeführt und zu löschen.
Matthias Meier-Moreno ist Ersatzmitglied (Ergänzung:
„Ersatz“).

Das Deckblatt wird ausgewechselt.

- o -

**Stadt
Grenchen**

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 3

vom 25. März 2014

Beschluss Nr. 2776

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 3

vom 25. März 2014

Beschluss Nr. 2777

Motion Fraktion CVP: Durchführung einer anonymen Umfrage bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung: Beschluss

1. Mit Schreiben vom 21. Januar 2014 reichte die CVP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Andreas Kummer):

1.1. Motionstext

Antrag

Das Stadtpräsidium sei zu beauftragen, unter Beizug einer unabhängigen Firma eine anonyme Befragung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Grenchen über die Arbeitszufriedenheit und das Arbeitsklima in der städtischen Verwaltung durchzuführen und auswerten zu lassen. Der Bericht sei mit Resultaten und konkreten Verbesserungsvorschlägen dem Gemeinderat bis 30. September 2014 vorzulegen.

Begründung

Durch den Wechsel des Stadtpräsidenten und der Änderung der Führungskultur haben einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Mut gefasst, ihrer Unzufriedenheit über das schlechte Arbeitsklima und der Mitarbeiterführung Ausdruck zu geben. Ein schlechtes Arbeitsklima führt zu Ineffizienz, unerwünschter Personalfuktuation und einer gesundheitlichen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese negativen Begleiterscheinungen müssen im Interesse des städtischen Personals und der Stadt Grenchen beseitigt werden. Die Resultate der Umfrage sollen dem neuen Stadtpräsidenten als objektives Führungsinstrument dienen, um die nötigen Massnahmen umzusetzen.

2. Begründung des Motionärs

2.1. Gemeinderat Andreas Kummer will dem Motionstext nicht mehr allzu viel hinzufügen. Es ist eigentlich alles Wesentliche gesagt. Es ist bekannt, dass sich nach der sehr langen Amtsdauer des Vorgängers des jetzigen Stadtpräsidenten gewisse Abläufe abgeschliffen oder sich gewisse Mitarbeiter in ihrer Position ein wenig gefangen gefühlt und durch den Wechsel der Führungskultur jetzt auch die Gelegenheit ergriffen haben, ihre Unzufriedenheit, welche sie lange heruntergeschluckt haben, beim neuen Stadtpräsidenten kundzutun. Für den Stadtpräsidenten, dem sich die unzufriedenen Mitarbeitenden jetzt anvertrauen, ist es nicht einfach, aufgrund der geschilderten Fälle die richtigen Führungsmassnahmen zu treffen.

Es wäre besser, wenn man eine Erhebung über alle städtischen Mitarbeitenden anstellt, um generell deren Arbeitszufriedenheit festzustellen, um dann in jeder Abteilung die entsprechenden Optimierungsmassnahmen zu treffen. Nach dem Amtsantritt des neuen Stadtpräsidenten wäre jetzt eine gute Gelegenheit, so eine Umfrage durchzuführen, welche seines Wissens noch nie gemacht wurde. Er hat selbst als Angestellter bei einer grossen Firma an so einer Mitarbeiterbefragung teilgenommen und das hat dann effektiv zu sehr interessanten Resultaten und zu guten Massnahmen geführt. Es lohnt sich auf jeden Fall. Es fördert die Motivation. Die Leute fühlen sich als Mitarbeitende geschätzt, wenn man sie danach befragt, was gut, was schlecht läuft und was allenfalls verbessert werden könnte. Es wäre im Sinne der Stadt sowie der Motivation und der Produktivität der Mitarbeitenden eine gute Sache, die Angestellten zu Wort kommen zu lassen. Er hat im Motionstext von einer „anonymen“ Befragung gesprochen. Ihm wurde dann von verschiedenen Seiten gesagt, dass eine anonyme Befragung vielleicht gar nicht so gescheit ist. Unter Umständen wäre eine Befragung mit Namensnennung besser, weil bei einer anonymen Befragung die Gefahr besteht, dass allenfalls überhöhte und verzerrte Meinungsäusserungen herauskommen. Er besteht nicht auf einer „anonymen“ Befragung. Es gibt auch die Möglichkeit, es den Mitarbeitenden zu überlassen, ob sie ihren Namen angeben oder nicht. Die Fachleute sollen selbst entscheiden, wie man hier am klügsten vorgeht. Diesbezüglich soll ihnen nichts vorgegeben werden. Im Sinne der Stadt hält er dies für ein gutes Vorgehen. Seine Erkundigungen, die schon etwas länger zurückliegen, haben ergeben, dass mit Kosten für die Befragung in der Grössenordnung von Fr. 30'000.00 zu rechnen ist. Das ist aber nur eine Schätzung, diese Zahl kann noch variieren, je nach Anzahl der Mitarbeitenden, je nach Tiefe der Befragung und je nach Detailliertheit der Analyse. Er bittet den Rat, die Motion erheblich zu erklären.

3. Erläuterungen

3.1. Esther Müller, Leiterin Personalamt, gibt folgende Stellungnahme ab:

Mitarbeiterumfragen sind ein effektives Instrument zur Beschaffung von Steuerungsdaten für das Personalmanagement. Die Auswertung des so ermittelten Fremdbilds der Mitarbeitenden ermöglicht die Verbesserung oder Korrektur in Führung, Ausrichtung und der unternehmerischen Tätigkeit.

3.1.1 Mögliche Ziele der Umfrage:

- Ein umfassendes Bild der Mitarbeiterzufriedenheit zu erhalten
- Die Mitarbeitenden und ihre Denkweise besser zu verstehen
- Motivations- und Identifikationsschwerpunkte der Mitarbeitenden zu eruieren
- Frühzeitige Entwicklungen zu erkennen und rechtzeitig zu handeln
- Allfällige weitere Ziele können nach Bedarf weiter definiert werden

3.1.2 Vorgehen:

Wichtig ist, dass aus den Ergebnissen der Befragung Massnahmen und Verbesserungen vorgenommen werden können und nach einer gewissen Zeit ein Rückblick stattfindet, ob auch positive Veränderungen eingetreten sind, oder welche Umsetzungen realisiert werden konnten.

Die besondere Sensibilität eines solchen Instrumentes bedingt jedoch eine professionelle Konzeption und Durchführung.

Die Durchführung durch einen externen Partner, der die Anonymität und Professionalität garantiert, die laufende Kommunikation sicherstellt und auch eine „Antreiberfunktion“ bei der Massnahmenerarbeitung und -umsetzung übernimmt ist daher zwingend. Der externe Partner erarbeitet die Unterlagen mit der Leiterin Personalamt mit Einbezug des Stadtpräsidenten.

Die Umfragemethodik reicht von persönlichen Interviews, über Papierfragebogen bis hin zur elektronischen Umfrage. Die Wahl hängt vom eigentlichen Umfrageziel und der Anzahl der zu befragenden Personen ab und kann entsprechend definiert werden.

Um dem Management eine einfache Prioritätensetzung der zu treffenden Massnahmen zu ermöglichen, ist es sinnvoll neben der Zufriedenheit auch nach der Wichtigkeit der einzelnen Aspekte zu fragen. Eine solche Umfrage erlaubt zielgerechte Auswertungen.

Es ist zu empfehlen eine solche Umfrage mit dem gesamten Verwaltungspersonal (ohne Lehrer) vorzunehmen, um ein repräsentatives Resultat zu erhalten. Für die einzelnen Personen muss jedoch die Beantwortung der einzelnen Fragen nicht obligatorisch sein.

Die Durchführung einer solchen Mitarbeiterumfrage kann in Form einer Studie mit einer Fachhochschule erfolgen oder mit einem externen Personaldienstleister mit Schwergewicht Entwicklung & Coaching, der sich auf solche Umfragen spezialisiert hat und entsprechende Erfahrung auch in der Verwaltung vorweist. Letztere sind ebenfalls für die Nachverfolgung und allenfalls Begleitung bei den zu treffenden Massnahmen dann auch näher am Betrieb als eine eventuelle Fachhochschule.

3.1.3 Kostendach / Zeitplan:

Eine Grobofferte besteht von einem externen Partner. Die Kosten für 250 Mitarbeitende belaufen sich auf ca. CHF 25'000.00. (Erfahrungswerte). Die Kriterien müssten jedoch noch klar definiert werden.

Es müsste ein entsprechender Nachtragskredit für das Jahr 2014 gesprochen werden.

Für einen realistischen Zeitplan von der Erarbeitung des Fragebogens, der effektiven Umfrage und der Auswertung mit anschliessendem Massnahmenplan ist ca. mit 6 – 8 Monaten zu rechnen.

Die Personalverbände sowie die Personalkommission werden bei einem entsprechenden Projekt mit einbezogen, können sich einbringen und werden über das Vorgehen informiert.

3.1.4 Stellungnahme der Verbände:

Die Verbänden PVG, VSPB und VPOD wurden zur Stellungnahme eingeladen:

Mit Schreiben vom 07.03.14 begrüsst der Vorstand des PVG grundsätzlich die eingereichte Motion, ist aber der Meinung, dass Form und Aufbau der Umfrage entscheidend sind und unterstützt eine Umfrage nur wenn u.a. folgende Punkte berücksichtigt werden:

- *Die Umfrage muss durch ein externes Büro aufgebaut, durchgeführt und ausgewertet werden*
- *Die Leitung der Umfrage muss zwingend durch den Stadtpräsidenten erfolgen*

- Dem Gemeinderat und den Personalverbänden ist ein anonymisierter Gesamtbericht zuzustellen
- Der GR und der Stadtpräsident verpflichten sich gegenüber dem Gemeindepersonal bei erforderliche Massnahmen einzuleiten und zu begleiten

Der VSPB nimmt mit Mail vom 21.03.14 wie folgt Stellung:

Grundsätzlich stehen wir offen gegenüber einer Mitarbeiterbefragung. Wir finden jedoch den Zeitpunkt als unpassend, da jetzt immer noch die Vergangenheit bewertet würde. Ein idealer Zeitpunkt wäre in 1 – 2 Jahren.

Der VPOD nahm bis jetzt mündlich Stellung und ist grundsätzlich mit einer Mitarbeiterbefragung einverstanden.

3.1.5 Antrag der Verwaltung:

Die Motion ist erheblich zu erklären.

- 3.2. Laut Stadtpräsident François Scheidegger werden bei Erheblicherklärung der Motion die Personalverbände PVG, vpod und VSPB nochmals mit ins Boot geholt, sonst ist ein solches Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt. Danach wird man eine Vorlage zuhanden GRK erarbeiten, welche auch den entsprechenden Nachtragskredit sprechen muss. Das alles braucht noch etwas Zeit. Aus diesem Grund hält er die gesetzte Frist bis 30. September 2014 für relativ ambitiös.
- 3.3. Für Andreas Kummer reicht es, wenn der Bericht mit Resultaten und konkreten Verbesserungsvorschlägen dem Gemeinderat bis Ende Jahr vorgelegt wird. Für ihn ist wichtiger, dass die Umfrage richtig durchgeführt wird.

4. Diskussion

- 4.1. Die glp-Fraktion, so Gemeinderätin Nicole Hirt, unterstützt die Motion. Ihr ist wichtig, dass die Umfrage durch eine externe Stelle gemacht wird. Alle wissen, dass motivierte Mitarbeitende sehr wichtig sind. Sie würde es aber begrüssen, wenn die Umfrage nicht anonym durchgeführt wird. Der Name des Mitarbeitenden muss nicht zwingend auf dem Fragebogen stehen, aber die Abteilung würde schon helfen. Dadurch ist das Resultat am Schluss zielorientierter. Auch im Hinblick auf die Kosten bringt ein solches Vorgehen wahrscheinlich einiges mehr, als wenn eine anonyme Befragung stattfindet. Sie kann als Beispiel aus dem Schulbereich die Externe Schulevaluation (ESE) anfügen. Die kostet insgesamt Fr. 50'000.00 und am Schluss weiss man dennoch nicht genau, wo die Probleme liegen. Es wäre zielorientierter, wenn man wüsste wo oder zumindest in welcher Abteilung es Probleme gibt.
- 4.2. Gemeinderätin Angela Kummer erklärt, dass die SP-Fraktion dafür ist, die Motion „Mitarbeiterbefragung“ erheblich zu erklären. Sie kann ihrer Vorrednerin nur zustimmen. Die Befragung sollte zwingend Angaben zur Abteilung beinhalten, weil es sonst keinen Sinn macht und man nicht zu den Ergebnissen kommt, die man eigentlich anstrebt. Für die SP ist nicht zwingend, dass der Zeitplan eingehalten werden muss. Ihr ist wichtig, dass überhaupt eine Umfrage durchgeführt wird.
- 4.3. Gemäss Gemeinderat Hubert Bläsi ist die Umfrage ein Anliegen, das schon länger im Raum steht und das man seit einiger Zeit gerne einmal umsetzen möchte. Die FDP findet, dass jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um die Umfrage zu starten. Sie ist froh, wenn der Zusatz „anonym“ durch Andreas Kummer relativiert wird.

Die FDP-Fraktion hat auch den im Motionstext angegebenen Zeitpunkt als sehr sportlich empfunden und ist damit einverstanden, dass die Resultate erst Ende Jahr vorliegen sollen. Sie ist gespannt auf die Auswertung der Umfrage und wird die Motion erheblich erklären.

- 4.4. Gemeinderat Ivo von Büren führt aus, dass die SVP-Fraktion auch für Eintreten auf die Motion ist. Er kann seinen Vorrednern beipflichten, dass eine anonyme Befragung nicht gut ist, weil es die ganze Umfrage verwässert. Er möchte noch folgende Frage in den Raum stellen: Der neue Stadtpräsident ist seit vier Monate im Amt. Wäre es nicht gescheiter, wenn man die Umfrage erst nächstes Jahr durchführen würde, wenn der neue Stadtpräsident ein Jahr geamtet hat? Es kann sein – muss aber nicht – dass jetzt viele Sachen herauskommen, die mit dem ehemaligen Stadtpräsidenten zu tun haben, der einen anderen Führungsstil pflegte. Die SVP-Fraktion hat sich deshalb überlegt, ob der Zeitpunkt in einem Jahr nicht besser wäre. Sie ist für Eintreten auf das Geschäft und kann auch mit einer Umfrage ab sofort leben.
- 4.5. Die CVP-Fraktion, so Andreas Kummer, hält die erst kurze Amtsdauer des neuen Stadtpräsidenten für keinen Grund, die Umfrage auf nächstes Jahr zu verschieben. Allein durch die Tatsache, dass der Stadtpräsident geändert hat, wird sich vor allem in den unteren Abteilungen, die nichts mit dem Stadtpräsidenten zu tun haben, primär gar nichts ändern. Es ändert sich nur im direkten Umfeld unmittelbar etwas. Dort ist eine Entwicklung sicher feststellbar, aber in den anderen Abteilungen oder in den Abteilungen ausserhalb des Hôtel-de-Ville merkt man nichts davon. Bis der Stadtpräsident Massnahmen im Bereich Mitarbeiterführung treffen kann, wird es ohnehin 2015. So eine Erhebung benötigt einen längeren Vorlauf. Deshalb sollte man bei Erheblich-erklärung der Motion nicht unnötig Zeit verstreichen lassen. Er empfiehlt, die Umfrage jetzt anzugehen, damit man innert nützlicher Frist zu Ergebnissen kommt.
- 4.6. Angela Kummer unterstützt das Votum des Motionärs, weil die Mitarbeiterzufriedenheit jetzt als wichtig erscheint. Es geht nicht um Entscheidungen, welche ausschliesslich mit dem Stadtpräsidenten zu tun haben, ausser bei den direkt Unterstellten. Sie hat gerüchteweise gehört, dass auch Unzufriedenheit bei Mitarbeitenden vorhanden ist, welche nichts mit dem Stadtpräsidenten zu tun haben.
- 4.7. Da das Anliegen, so Hubert Bläsi, schon länger im Raum ist, sind auch Erwartungshaltungen da, dass die Umfrage endlich einmal umgesetzt wird. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Man hält auch Wort zu etwas, das man einmal angekündigt hat. In diesem Sinne sollte man nicht länger warten und die Leute auf die Folter spannen.
- 4.8. Nach Ansicht von Nicole Hirt besteht wirklich das Bedürfnis der Angestellten, sich jetzt mitzuteilen. Vorher haben sie das aus irgendwelchen Gründen nicht gemacht. Wenn sie diese Bedürfnisse jetzt noch ein Jahr mit sich schleppen müssen, weiss sie nicht, ob das gesundheitsfördernd ist.
- 4.9 Die Diskussion über die Frage des Zeitpunkts, so François Scheidegger, ist sinnvoll und berechtigt. Es wäre aber gut, wenn das Vorhaben jetzt an die Hand genommen werden könnte. Es geht schon noch eine Weile, bis man starten kann. Die Verwaltung hat keine Erfahrung mit solchen Prozessen. Zur Frage Anonymität oder Nicht-Anonymität: Bei Anonymität können sich die Leute frei äussern. Das ist einerseits ein Vorteil, andererseits auch ein Problem. Wie kann man allfällige Brennpunkte eruieren? Wie weiss man, wo etwas nicht in Ordnung ist? Wenn man so eine Umfrage realisiert, dann will man nicht einfach nur Fieber messen, sondern auch ein Instrument haben, um die nötigen Massnahmen zu ergreifen.

François Scheidegger schlägt vor, dass die Verwaltung die Anliegen des Gemeinderates aufnimmt und sich von Fachleuten beraten lässt und danach mit einer Vorlage in die GRK geht und dort die noch offenen Fragen beantwortet. Der Motionär Andreas Kummer ist auch GRK-Mitglied.

4.10. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

5.1. Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: PA

PA
FV
Verbände PVG, vpod, VSPB

0.2.2 / acs

Motion Richard Aschberger (SVP): Auflösung Fachkommission Schulen Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Schreiben vom 10. Dezember 2013 reichte Richard Aschberger (SVP) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

Diese Motion ist die Folge aus meinem Votum betreffend Reporting der Fachkommission (FK) im Gemeinderat vom 03.12.2013. Im Protokoll der genannten Sitzung sind meine Punkte angeführt, ich verzichte der Übersichtlichkeit wegen auf eine erneute Aufzählung der Mängel der Fachkommission und komme gleich zum Punkt:

Ich beauftrage mit dieser Motion die Stadtkanzlei und das Stadtpräsidium, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Fachkommission der Schulen Grenchen aufheben zu können. Vom Zeitplan her würde es sich anbieten (vorausgesetzt die Motion wird von der Mehrheit des GR gutgeheissen), im Juni vor die Gemeindeversammlung zu treten, da dieses Geschäft dort behandelt werden muss, da die Schulordnung angepasst werden muss.

Wie meine Abklärungen ergeben haben, ist es möglich und zulässig, die FK während der Amtsperiode aufzulösen, man sollte jedoch eine Übergangslösung bereit haben.

2. Begründung des Motionärs

2.1. Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger ist das Wichtigste im Motionstext erwähnt oder nachlesbar im Protokoll der GR- Sitzung vom 3. Dezember 2013. Es gab in den letzten Tagen grössere Diskussionen, ob man die Motion in ein Postulat umwandeln soll. Es besteht ein Konsens von links nach rechts, dass die Fachkommission in der heutigen Form für die Grenchner Schulen keinen Sinn macht. Die Motion war auch kein Spontanentscheid, der Vorstoss hat sich in den letzten zwei Jahren angebahnt. Man kann das in den jeweiligen Protokollen zu den Jahresreportings der Schulen und der Fachkommission nachlesen. Er will mit der Motion ein Zeichen setzen. Ein Postulat dünkt ihn zu wenig stark. Er hat im Motionstext geschrieben: *Vom Zeitplan her würde es sich anbieten, im Juni vor die Gemeindeversammlung zu treten.* Falls es zeitlich nicht aufgeht, könnte es auch die Dezember-GV sein. Denn dann liegt vielleicht auch der Bericht von Max Wittwer vor. Wenn die Motion erheblich erklärt wird, müssen Arbeitsvorschläge erarbeitet werden. Es muss eine Übergangslösung präsentiert werden. Wie die genau aussieht, würde sich dann noch zeigen. Ob das ein Bildungsausschuss mit Mitgliedern des Gemeinderates oder der GRK ist, ist ihm egal.

In Gesprächen hat er erfahren, dass man unbedingt den Bericht von Max Wittwer, der auf den Herbst geplant ist, abwarten möchte. Wenn die Motion heute erheblich erklärt wird, könnte man versuchen, die Motion noch in den Bericht von Max Wittwer zur weiteren Überprüfung einzubauen.

- 2.2. Stadtpräsident François Scheidegger entgegnet, dass Max Wittwer so etwas nicht machen kann. Deshalb hat er dem Motionär empfohlen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Gemeinderat hat nämlich im Zusammenhang mit dem Geschäft „Petition „Eine Schule – ein Chef“ beschlossen, dass bei der Überprüfung auch die Aufgaben und die Zukunft der Fachkommission überprüft werden sollen (s. Ziff. 4.3. des GRB 2672 vom 19. März 2013). Der Prozess ist jetzt am Laufen. Die Zukunft der Fachkommission ist dort genau auch das Thema. Wenn der Gemeinderat die Motion erheblich erklären würde, dann würde man diesen Teil herausbrechen. Eine Prüfung in diesem Zusammenhang ist nicht mehr möglich, sondern es gibt dann einen klaren Auftrag aus der Motion. Eine Motion ist nicht das Gleiche wie ein Postulat. Seines Erachtens ist der vorliegende Vorstoss ein Postulat mit dem Inhalt einer Motion.

3. Erläuterungen

- 3.1. Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung GLSG, gibt folgende Stellungnahme ab:

- 3.1.1 Die Motion Aschberger (SVP): Auflösung Fachkommission Schulen Grenchen wurde anlässlich einer Geschäftsleitungssitzung intensiv diskutiert.

Die Geschäftsleitung vertritt die Meinung, dass die Auflösung der Fachkommission nicht isoliert betrachtet werden kann. Würde die Fachkommission auf Ende des Schuljahres aufgelöst, würden Aufgaben und Verantwortungen plötzlich nicht mehr wahrgenommen. Es bestünde die Gefahr eines Vakuums.

Es müssten also Aufgaben, Verantwortungen und auch Kompetenzen neu betrachtet und auch verteilt werden.

Die Geschäftsleitung erachtet eine Überprüfung der Rolle der Fachkommission und deren Verantwortungen, Aufgaben und Kompetenzen als sinnvoll. Jedoch muss diese Überprüfung im gesamten Kontext der Schulen Grenchen erfolgen.

- 3.1.2 Die Überprüfung der Rolle der Fachkommission Schulen Grenchen wird als Bestandteil des Auftrages an Max Wittwer im Rahmen der Aufarbeitung der Petition „Eine Schule – ein Chef“ und der Ausgestaltung der Führungsorganisation in Zusammenhang Sek I Reform überprüft und bearbeitet. (Ziffer 4.3 des GRB 2672 vom 19. März 2013: „Bei der Überprüfung sollen auch die Aufgaben und die Zukunft der Fachkommission überprüft werden.“)

Gemäss den Meilensteinen aus der Projektplanung der Firma Wittwer, Schulconsulting, müssen die Änderungen der Überprüfung auf Schuljahr 2016/17 in Kraft gesetzt werden.

- 3.1.3 Antrag an den Gemeinderat und Beschlussesentwurf:

Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

- 3.2. Paul Hartmann, Präsident FKSG, zitiert aus der Stellungnahme der Fachkommission Schulen Grenchen vom 11. Februar 2014 wie folgt:

Die Überprüfung der Rolle der Fachkommission Schulen Grenchen ist vom Gemeinderat bereits beschlossen worden und wird als Bestandteil des Auftrages an Max Wittwer im Rahmen der Aufarbeitung der Petition „Eine Schule – ein Chef“ und der Ausgestaltung der Führungsorganisation in Zusammenhang Sek I Reform bearbeitet.

Die bereits laufenden Arbeiten von Max Wittwer zeigen, dass dieser grundsätzlichen Frage „Fachkommission Schulen Grenchen: Ja/Nein?“ prominent nachgegangen wird.

Die Auflösung der Fachkommission Schulen Grenchen vor dem Beschluss über die spätere Führungsorganisation würde auch bedeuten, dass damit eine wesentliche Einschränkung der Führungsmodelle ohne fundierte Prüfung der Rolle der Fachkommission bewirkt würde.

Die Schulen Grenchen verdienen es, dass die vom Gemeinderat beauftragten Arbeiten professionell und ohne zusätzliche Einschränkung fortgeführt werden können, denn die in der Motion als nötig angesehene Übergangslösung lässt viele Fragen offen und birgt erhebliche Risiken. Die Kostenfrage ist ebenfalls nicht geklärt.

Die Fachkommission ist bereit, den angelaufenen Prozess mit zu gestalten und die Rolle einer künftigen Fachkommission zu hinterfragen. Wünscht jedoch ausdrücklich, in den Prozess durch eine Vertretung einbezogen zu werden.

Nebst der in der Schulordnung definierten Rolle der Fachkommission nimmt sie verschiedene Aufgaben wie Fachberatung des Gemeinderats, Interessenvertretung des Gemeinderats, Stellungnahmen, Beratung der Geschäftsleitung und der Schulkreisleitungen wahr. Die Fachkommission wehrt sich nicht grundsätzlich gegen eine Auflösung, spricht sich jedoch klar für eine fachlich fundierte Beschlussfassung durch den Gemeinderat aus. In erster Linie muss sichergestellt sein, dass die Aufgaben, welche die Fachkommission heute wahrnimmt, klar anderen Organen zugewiesen werden. In den verschiedenen Modellen müssen die Vor- und Nachteile bei einem Verzicht auf die Fachkommission fundiert und transparent aufgezeigt werden.

Erst dann kann seriös darüber entschieden werden, ob ein Führungsmodell mit oder ohne Fachkommission gewählt werden soll. Aus diesen Gründen empfiehlt die Fachkommission die Ablehnung der Motion.

- 3.3. François Scheidegger beantragt ebenfalls, die Motion nicht erheblich zu erklären. Für den Fall der Umwandlung der Motion in ein Postulat macht er beliebt, das Postulat erheblich zu erklären.
- 3.4. Richard Aschberger nimmt von den Ausführungen Kenntnis und ist mit dem Vorschlag des Stadtpräsidenten einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

4. Diskussion

- 4.1. Gemeinderat Hubert Bläsi weist darauf hin, dass François Scheidegger die Fraktionsmeinung der FDP schon kundgetan hat. Die Hearings oder Befragungen von Max Wittwer haben in den verschiedenen Fraktionen schon stattgefunden, in der FDP-Fraktion war Max Wittwer aber noch nicht. Er ist der Ansicht, dass es hier relativ schwierig ist, eine Diskussion im Gemeinderat zu führen, wenn nicht alle die gleiche Ausgangslage haben. Das ist ein weiterer Punkt, weshalb man die Motion als Postulat erheblich erklären sollte. Als Postulat könnte die FDP-Fraktion hinter dem Vorstoss stehen und ihn entsprechend unterstützen.

- 4.2. Gemeinderätin Nicole Hirt erklärt, dass Max Wittwer in der glp-/CVP-Fraktion war und sich die Fraktion schon auf eines der vier Modelle festgelegt hat. Bei den Modellen 3 und 4 steht ganz klar: GL-Modell mit verstärkter Vorsitzendenrolle (CEO-Funktion) ohne Fachkommission. Wenn man eines dieser zwei Modelle wählt, ist dann trotzdem die Auflösung der Fachkommission erst auf das Schuljahr 2016/17 möglich?
- 4.3. Nach Auffassung von Roger Kurt muss ein Jurist diese Frage beantworten.
- 4.4. François Scheidegger geht davon aus, dass das so ist. Die Bearbeitung der Petition ist ein aufwendiger Prozess. Er hat das auf den ersten Moment auch ein wenig unterschätzt. Jetzt ist Max Wittwer unterwegs und macht die Befragungen, gleichzeitig findet die Externe Schulevaluation (ESE) statt. Er hat angeordnet, dass die Resultate der ESE in den Bericht einfließen sollen. Diese Gelegenheit sollte genutzt werden. Dazu kommt noch, dass die Schulleitungen gewünscht haben, dass dort auch das Führungsmodell schwerpunktmässig überprüft wird. Diese Informationen will man selbstverständlich in den Bericht integrieren. Er weiss auch nicht, wie es herauskommt, und ist im Moment für alle Lösungen offen. Es ist relativ komplex, wenn man sich im Detail damit auseinandersetzt. Es lohnt sich, sich die Zeit zu nehmen, da es um die Grenchner Schulen und die Grenchner Kinder geht. Man will das Beste und das muss letztlich aber auch finanzierbar sein. Für François Scheidegger macht es Sinn, wenn man das Ganze auf das Schuljahr 2016/17 umsetzt.
- 4.5. Paul Hartmann erklärt, dass er nicht bis Ende der Legislaturperiode Präsident einer Fachkommission bleiben muss, die es nicht braucht. In der SEK I-Reform war geplant, die Schulen Grenchen auf das Schuljahr 2016/17 gemäss dem SEK I-Modell neu zu organisieren. Wenn die Befragung durch Max Wittwer ein klares Ergebnis bringt, dann wäre eine allfällige Änderung mit der Einführung der neuen Schulorganisation sinnvoll. Wenn der Gemeinderat allerdings aufgrund der Befragungen und des sich abzeichnenden ersten Konsenses in den Fraktionen der Meinung ist, dass er damit schon eine fundierte künftige Organisation hat, dann muss er hier leider als Spielverderber auftreten. Seines Erachtens wird es mit diesem Zeitaufwand und in dieser Form nicht möglich sein, in so kurzer Zeit ein klares Modell aufzustellen. Man kann vielleicht eine fundierte Stossrichtung definieren, aber die Ausgestaltung ist damit noch nicht abgeschlossen. Im Zeitpunkt, an dem man das neue Modell sauber einführt, ist sicher auch die Frage geklärt, ob es eine Fachkommission braucht oder nicht. Alles andere würde einer Hüst-und-Hott-Aktion gleichkommen.
- 4.6. Laut Hubert Bläsi wird hier von der SEK I-Reform gesprochen. Diese ist aber bereits über die Bühne. Hier geht es um die Zentralisierung der SEK I im Zentrum. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Man sollte aufpassen mit der Begrifflichkeit.
- 4.7. Für Roger Kurt kommt das Votum daher, dass der Prozess im Jahr 2009 unter diesem Namen gestartet ist und im Juni 2009 auch vom Gemeinderat beschlossen wurde, wie es mit der SEK I-Reform weitergehen soll resp. wie die Schulen Grenchen mit dem Reformprojekt umgehen wollen. Dort war der letzte Punkt der Umzug der SEK B ins Zentrum und der Auszug der Primarschule aus dem Zentrum in die anderen Schulkreise. Das passiert alles auf das Schuljahr 2016/17. Der Gemeinderat hat damals beschlossen, dass die Variante „Zentrum“ definitiv im Zentrum ist. Es wurde nicht beschlossen, ob Sanierungsmassnahmen durchgeführt werden. Der Umzug ist im Protokoll 2009 auf jeden Fall beschlossen.
- 4.8. Es ist es erfreulich, so Anna Duca, Ersatz-Gemeinderätin, dass Richard Aschberger sich bereit erklärt hat, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das erheblich erklärte Postulat soll im Zusammenhang mit der Petition FDP abgehandelt werden.

4.9. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

5.1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: GLSG

Max Wittwer, Luterbach, Projektleiter „Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen“
GLSG
FKSG
RD
FV

0.1.8 / acs

Petition an den Gemeinderat der Stadt Grenchen. „Erhaltung der Tempo 30 Zone an der Kastelsstrasse“ in der heute bestehenden Form und Rückkommensantrag Stiftung Alterssiedlung Grenchen

Vorlage: BD/Stapo / 12.03.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger handelt es sich beim Begehren der Stiftung Alterssiedlung Grenchen nicht um einen Rückkommensantrag. Die Eingabe wird als Petition behandelt. Der Gemeinderat hat am 13. November 2012 das überparteiliche Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“ erheblich erklärt (GRB Nr. 2644). Man könnte nun sagen, dass solange ein hängiges Postulat nicht erledigt ist, auch keine Stellung zu einer Petition genommen werden kann. Das wäre die eine Variante. Als Vorsitzender stand kurz davor, das Geschäft von der Traktandenliste zu streichen. Es gibt aber noch eine zweite Variante: Man könnte durchaus die Petition heute behandeln. Er hat nicht den Eindruck, dass dies präjudizierend wirken würde. Der Antrag mutet schon ein wenig seltsam an. Man weiss gar nicht, wie man ihn den Betroffenen erklären soll. Der Gemeinderat hat nun die Wahl, ob er die Vorlage „Petition“ behandeln oder zurückweisen will, bis die Vorlage zum Postulat kommt. In der Vorlage zur Petition wird ausführlich auf die Thematik betreffend das Postulat hingewiesen.
- 1.2. Stadtbaumeister Claude Barbey verweist auf den Petitionstext und die Argumente der Stiftung Alterssiedlung Grenchen. Es ist klar, dass es sich um keinen eigentlichen Rückkommensantrag handelt, aber die Stiftung vertritt immerhin 100 Betagte. Die Baudirektion findet, dass es die richtige Massnahme ist, ohne die Resultate des Postulats vorwegzunehmen. Er ist überzeugt dass eine Tempo-30-Zone an der Kastelsstrasse sinnvoll ist. Jetzt fragt sich der Gemeinderat sicher, warum dann der Antrag lautet: *Der Petition „Erhaltung der Tempo 30 Zone an der Kastelsstrasse“ wird nicht stattgegeben. Der Rückkommensantrag der Stiftung Alterssiedlung Grenchen wird abgelehnt.* Das mag auf den ersten Blick für viele verwirrend sein. Es zielt aber darauf ab, den Gemeinderat darauf hinzuweisen, dass es verschiedene Situationen in der Stadt gibt, die man nicht alle in den gleichen Topf werfen kann. Die Baudirektion wollte zum Nachdenken animieren, ob man an diesem doch heiklen Ort die Tempo-30-Zone definitiv liquidieren soll. Wenn man der Petition aus fachlichen und sachlichen Argumente stattgeben will, dann ist in Grenchen die Tempo-30-Thematik noch nicht definitiv ausdiskutiert.

2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann ist die SP-Fraktion froh über die Petition aus der Bevölkerung und dem „Rückkommensantrag“ der Stiftung Alterssiedlung Grenchen. Es ist ein klares Zeichen der Bewohnerinnen und Bewohner von Grenchen, diesen Strassenabschnitt in der bewährten Tempo 30 Zone beizubehalten. Die Vorteile gegenüber der alten Situation überwiegen klar und die Verkehrssicherheit ist dank Tempo 30 auf einem sehr hohen Niveau angelangt. Die Vorlage wie auch die Statistik seit 2001 repräsentieren dies klar und deutlich. Leider hat es der Gemeinderat verpasst, am Tempo-30-Konzept weiterhin festzuhalten. Nur so ist die knappe Abstimmungsniederlage im Gemeinderat (Resultat 8 zu 7) zu verstehen, als dieser Entscheid für den Rückbau von Tempo 30 Zonen beschlossen wurde. Jetzt bietet sich für den Gemeinderat die grosse Chance, einen Fehlentscheid zu Gunsten der Vernunft und der Tatsachen zu korrigieren. Die SP-Fraktion steht zu 100 Prozent hinter der Tempo-30-Zone auf der Kastelstrasse und unterstützt die Anliegen der Petitionäre sowie der Stiftung Alterssiedlung Grenchen.
- 2.2. Gemeinderat Richard Aschberger erkundigt sich, wann die Vorlage basierend auf dem Postulat kommt. Seit der Erheblicherklärung sind jetzt eineinhalb Jahre vergangen. Er wurde auch schon von Leuten danach gefragt.
- 2.3. Claude Barbey erklärt, dass die Baudirektion nicht an dem Postulat gearbeitet hat, sondern es hat ruhen lassen. Man befand, dass letztes Jahr (Wahljahr) kein guter Zeitpunkt war, so etwas zu diskutieren. Es wurden keine weiteren Grundlagen erarbeitet. Es braucht ungefähr sechs Monate, bis die Vorlage fertiggestellt ist, welche dann noch der BAPLUK vorgelegt werden müsste, d.h. bis spätestens Ende Jahr könnte das Postulat im Gemeinderat behandelt werden.
- 2.4. Wie Gemeinderat Hubert Bläsi ausführt, wurde auch in der FDP-Fraktion gefragt, wann die Vorlage zum Postulat dem Gemeinderat vorgelegt wird. Die Vorlage ist etwas verwirrend. Die Politiker werden abgewatscht, egal was sie entscheiden. Die FDP würde es schätzen, wenn man zuerst das Postulat handeln und sich erst danach mit der Petition, welche eine Bittschrift ist, auseinandersetzen könnte. Aus diesem Grund wird die FDP die Vorlage zurückweisen.
- 2.5. Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Andreas Kummer, hat Verständnis für die Petitionäre. Die Meinungen gehen in der Fraktion entsprechend auseinander. Es wäre gut, wenn man Tempo 30 in Grenchen ein wenig konzeptioneller angehen könnte. Jedes Quartier kann eine Petition eingeben, wenn es Tempo 30 will. Das führt zu einem Flickwerk. Man müsste dies systematischer, flächendeckender, nachvollziehbar für Grenchen umsetzen. Die CVP beantragt, die Vorlage zurückzuweisen und das Postulat vorab zu behandeln. Es braucht eine konzeptionelle Behandlung der Tempo-30-Zonen. Erst wenn diese Vorlage zum Postulat durch den Rat gegangen ist, kann die Petition behandelt werden. Sonst hat man ein ewiges Flickwerk mit den Tempi in Grenchen.
- 2.6. Gemeinderätin Nicole Hirt von der glp-Fraktion macht den Rat darauf aufmerksam, dass am 1. Mai 2014 das neue Raumplanungsgesetz in Kraft tritt, welches neu zur Siedlungsentwicklung nach innen und somit zu verdichtetem Wohnen verpflichtet. Es ist davon auszugehen, dass Tempo 30 zum Standard-Tempo wird. Grenchen hat hier viel Vorarbeit geleistet. Ein Rückbau von Tempo-30-Zonen ist mit Kosten verbunden.

Fährt man die 800m zwischen dem Gassler Beck und dem Reservoir mit Tempo 50, beträgt die Zeitersparnis im Vergleich zu Tempo 30 38 Sekunden. An der Kastelsstrasse hat es ein Schulhaus und ein Altersheim, auf die es Rücksicht zu nehmen gilt. Die glp-Fraktion ist für die Tempo 30-Zone an der Kastelsstrasse.

- 2.7. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth bekundet Mühe mit diesem Hin und Her. Hier geht es um die Grundsatzdiskussion, wie man weitergeht (Stichwort „Schilderwald“). Für ihn ist die Sicherheit der Schulkinder, der Bewohner des Altersheims und der Anwohner der Kastelsstrasse wichtiger als die Zeitersparnis von 38 Sekunden. Kann man eine Petition so lange auf Eis legen, ohne zu antworten? Lässt sich das mit dem Gemeindegesetz vereinbaren? Lässt sich das Geschäft mit der Grundsatzberatung zu den Tempo-30-Zonen in Grenchen behandeln? Wenn das nicht der Fall ist, dann sollte die Petition heute unbedingt behandelt werden.
- 2.8. François Scheidegger betont, dass die Behandlung innerhalb eines Jahres eine Ordnungsvorschrift darstellt. Es passiert nichts, wenn man sich nicht daran hält. Es gibt keinen Rechtsweg. Die Antwort kann sein: Jawohl, man nimmt das Anliegen der Petitionäre auf. Das Postulat, das noch nicht behandelt wurde, wird jetzt von der Baudirektion bearbeitet und noch dieses Jahr im Gemeinderat behandelt. Dann ist eine weitere Verzögerung durchaus vertretbar. Die Petitionäre wünschen, dass an der Tempo-30-Zone festgehalten wird. Es ist letztlich in ihrem Sinn, wenn nichts unternommen wird, denn so gilt weiterhin Tempo 30. Er beantragt, die Petition nicht zurückzuweisen, sondern das Geschäft zurückzustellen und heute eine 1. Lesung vorzunehmen.
- 2.9. Claude Barbey bemerkt, dass es nicht so einfach ist, in einem Quartier eine Tempo-30-Zone zu realisieren. Es braucht zuerst ein Gutachten. Im Zusammenhang mit dem Tempo-30-Konzept hat der Gemeinderat sechs Tempo-30-Zonen in Grenchen ausgeschieden. Zu jeder dieser Zonen gibt es ein Gutachten. Es gibt auch immer wieder Abschnitte in solchen Zonen, die nicht mit Tempo 30 belegt werden.
- 2.10. Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, verweist darauf, dass die Petition von 110 Personen unterschrieben wurde. Das ist nicht die ganze Stadt Grenchen. Es gäbe sicher mehr Unterschriften, wenn man dort wieder auf Tempo 50 erhöhen würde. Es geht bei der betreffenden Tempo-30-Strecke gar nicht um die Zeitersparnis von 38 Sekunden. Wenn Tempo 50 gilt, gibt es weniger Bussen und Ausweisentzüge. Natürlich wäre dann dort für Schüler und Betagte ein gewisses Mass an Vorsicht geboten, Aber gewisse Ausführungen, die er gehört hat, sind an den Haaren herbeigezogen. Man muss gewisse Sachen auf den Strassen einfach erlebt haben: ein gutes Beispiel ist der Fussgängerstreifen beim Kreisel beim Gassler Beck, welcher auch von den Betagten des Altersheims benutzt wird. Die Automobilisten fahren nicht mit Tempo 50 über den Fussgängerstreifen, weil sich danach der Kreisel befindet. Dort fährt man nicht mehr als Tempo 30, eher weniger. Es gibt immer Ausnahmen, aber der grösste Teil der Automobilisten fährt normal und der Verkehrssituation angepasst. Es ist nicht realistisch, was angeführt wird.
- 2.11. Gemeinderat Ivo von Büren findet die Aussagen seines Ratskollegen Urs Wirth interessant betreffend Schulweg, Altersheim und Sicherheit. Urs Wirth ist für Tempo 30 an der Kastelsstrasse und im gleichen Atemzug unterstützt er die Ostspange als Hauptverkehrsachse durch die Stadt Grenchen, welche über ein Altersheim und ein Schulhaus führt. Auf diesem Zubringer fahren auch Lastwagen mit Anhänger. Hier beisst sich die Katze in den Schwanz.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. François Scheidegger macht beliebt, die Petition „Erhaltung der Tempo 30 Zone an der Kastelsstrasse“ in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen. Damit signalisiert man den Petitionären, dass man ihr Anliegen ernst nimmt. Die Antwort zur Petition soll zusammen mit dem überparteilichen Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“ erfolgen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Petition „Erhaltung der Tempo 30 Zone an der Kastelsstrasse“ wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.
- 4.2. Die Antwort zur Petition erfolgt zusammen mit dem überparteilichen Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“.

Vollzug: Stapo, BD

Hanspeter Lehmann, Elisabeth-Frei-Strasse 7, 2540 Grenchen (Vertreter Petitionär/innen)
Stiftung Alterssiedlung Grenchen, p.A. Alterszentrum Kastels, Kastelsstr. 31, 2540 Grenchen
BAPLUK
BD
Stapo

6.2.1 / acs

Turnverein Grenchen: Sanierung des Sportstadions / Orientierung

Vorlage: BD/25.03.2014

Gemeinderat Marco Crivelli, Mitinhaber Bigolin+Crivelli Architekten AG, begibt sich nach Ziff. 2. in den Ausstand.

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger hält vorab fest, dass die Bigolin+Crivelli Architekten AG bei diesem Geschäft involviert war. Er ist der Meinung, dass nichts dagegen spricht, dass das Ratsmitglied Carlo Crivelli während der Orientierung im Saal bleibt. Gemeinderat Marco Crivelli wird zu Beginn der Detailberatung in den Ausstand treten.
- 1.2. Stadtbaumeister Claude Barbey erläutert anhand von Folien kurz die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass im Legislaturprogramm 2014-2017 der SP Grenchen auch die Sportplatzplanung - zu der auch das Turnerstadion gehört - in der Stadt Grenchen ein Thema ist. Unter Punkt 5. «Die sportliche Stadt» steht unter 5.3: *Vollendung der Sportstättenzone, insbesondere des Leichtathletikstadions*. Die SP-Fraktion ist über die Eigeninitiative des Turnvereins Grenchen sehr erfreut. Grossen Dank an alle Beteiligten für dieses Engagement! Eine Erneuerung der Leichtathletikanlage ist für Grenchen eine Chance, im Nachwuchsbereich wieder vermehrt Jugendliche für die Leichtathletik zu gewinnen. Als ehemaliger 800m-Läufer hatte er selber stundenlang auf der Aschenbahn trainiert. In bester Erinnerung geblieben sind ihm die gutbesuchten, regionalen und kantonalen Leichtathletikmeetings auf der Grenchner Anlage. Er ist überzeugt, dass mit dieser geplanten Anlage Grenchen zu einem Leichtathletikzentrum werden kann. Es wird Synergien geben zu den anderen nahegelegenen Sportstätten wie Velodrome, Fussballstadion, Schwimmbad, Tennishalle aber auch zum Trainingszentrum Magglingen. Die erneuerte Leichtathletikanlage ist auch ein Mehrwert für den Schulsport für die Stadt und die Region Grenchen.

- 2.2. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Hubert Bläsi, ist auch glücklich über jedes Puzzleteilchen, das im Gesamtbild der Sportstättenplanung der Stadt dazukommt. Das ist ein wichtiger Faktor, auch für Leute, welche sich in Grenchen niederlassen möchten. Was der Fraktion auch sehr positiv aufgefallen ist, ist der hohe Betrag, welcher der Turnverein in Aussicht stellt, selbst beisteuern zu wollen. Das ist markant und bietet die beste Voraussetzung, dass dann auch auf dem politischen Weg entsprechend positive Signale zurückgesendet werden können. Für die FDP ist bezüglich des zukünftigen Betriebs noch offen bzw. nicht klar, wer die Betriebsform leiten oder umsetzen soll. Hier wäre es wohl wichtig, wenn man dies nächstens einmal festlegen könnte. Im Gesamten hat die FDP Freude an der Vorlage.
- 2.3. Wie Gemeinderat Richard Aschberger ausführt, sieht die SVP-Fraktion dem Projekt positiv entgegen und dankt für die ausführliche Orientierung. Wie die Vorredner bereits erwähnt haben, freut sich natürlich auch die SVP darüber, dass der Turnverein in dieser frühen Phase von einer halben Million Eigenmitteln spricht und diese auch aufbringen will. Ihr gefällt auch, dass der Turnverein prüft, in welcher Grössenordnung er Beiträge vom Kanton, vom Lotteriefonds, vom Bund und vom Leichtathletikverband erhalten kann. Hier ist viel Eigeninitiative dabei, was die SVP-Fraktion sehr schätzt.
- 2.4. Gemeinderätin Nicole Hirt erklärt, dass die glp-/CVP-Fraktion mit Freude Kenntnis von der Absicht des Turnvereins nimmt, das Turnerstadion zu modernisieren. Sie war selbst 15 Jahre lang Mitglied des Turnvereins und dabei, als die Beachvolleyanlage gebaut wurde. Sie weiss, dass beim Turnverein schon lange der Traum besteht, das Stadion auf Vordermann/-frau zu bringen. Die glp-/CVP-Fraktion unterstützt das Projekt ebenfalls.
- 2.5. Laut François Scheidegger dient der heutige Beschluss auch dazu, dass der Turnverein für zukünftige Verhandlungen mit Dritten über das notwendige Commitment der Stadt Grenchen verfügt.

Eintreten wird beschlossen.

Gemeinderat Marco Crivelli begibt sich in den Ausstand.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat nimmt von der Orientierung zustimmend Kenntnis.
- 4.2. Der Gemeinderat begrüsst die weitere Entwicklung in der Sportstättenzone und die Initiative des Turnvereins Grenchen. Das Projekt soll vom Verein weiterbearbeitet werden.
- 4.3. Der Gemeinderat ist grundsätzlich bereit nach Vorliegen eines Finanzierungskonzeptes, welches auch die verbindlichen Zusagen Dritter beinhaltet, einen Unterstützungsbeitrag zu prüfen. Höhe und Zeitpunkt eines Beitrages bleiben noch offen.
- 4.4. Zusätzlich zum Finanzierungskonzept, ist dem Gemeinderat ein Betriebs- und Unterhaltskonzept vorzulegen.

Vollzug: KZL, BD

BD
FV
SMKS
Turnverein Grenchen, Andy Vogt, Präsident, Alpenstrasse 20, 2540 Grenchen
Robert Gilomen, Chrüzliacherstrasse 6, 2544 Bettlach

3.4.5 / acs

APG|SGA Allgemeine Plakatgesellschaft AG, Hardstrasse 43, 4002 Basel / Pachtvertrag vom 01.01.1993, Nachtrag vom 01.01.2002 und Vertragsanpassung vom 01.01.2009 / Nachtrag per 01.01.2014

Vorlage: BAPLUKB 15/24.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Der Gemeinderat genehmigt den Nachtrag des Vertrages gemäss Ziffer 1.3.4 der Vorlage zwischen der APG|SGA und der Stadt Grenchen und ermächtigt den Stadtpräsidenten und die Stadtschreiberin zur Unterzeichnung.

Vollzug: KZL, BD

BAPLUK
BD
Stapo
RD
FV

8.5.2 / acs

Verkehrssituation Zentrum Süd / Konzeptstudie / Kenntnisnahme

Vorlage: BAPLUKB 16/24.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass das vorliegende Geschäft als Kenntnisnahme traktandiert ist und daher weitergehende Beschlüsse gemäss Antrag nicht möglich sind. Man kann nicht über etwas beschliessen, das nicht ordnungsgemäss traktandiert ist. Es macht keinen Sinn, im Rahmen einer Konzeptionierung eine Diskussion über die Löwenkreuzung zu führen. Es wird deshalb nur über Ziff. 3.1. der Vorlage abgestimmt werden. Er bittet den Rat, die nachfolgende Diskussion im Sinne einer Grundsatzdiskussion zu führen und keine Anträge zu einzelnen Massnahmen zu stellen.

1.2. Stadtbaumeister Claude Barbey stellt anhand einer Präsentation das Verkehrskonzept Grenchen der Resonanzgruppe vor (siehe Schaubilder 1-12 in der Beilage) und gibt ergänzende Erläuterungen zur Vorlage. Er bittet im Sinne einer Orientierung von der Konzeptstudie Kenntnis zu nehmen. Der Gemeinderat wird sich in nächster Zeit wiederholt mit der ganzen Verkehrsproblematik beschäftigen müssen. Als nächstes kommt die Baudirektion mit dem Erschliessungsplan Neckarsulmstrasse. Der Kanton plant, die Neckarsulmstrasse aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens umzugestalten. Der Kanton hat dafür Mittel reserviert, die er mittelfristig auslösen kann. Die Stadt wird daran mit einem entsprechenden Gemeindebeitrag partizipieren. Im Weiteren sind die Umgestaltungen der Knoten Schlachthausstrasse-Unterführungsstrasse sowie Neckarsulmstrasse-Flughafenstrasse (ex Ramseier-Gebäude) im Mehrjahresprogramm des Kantons enthalten. All diese Projekte werden für den Gemeinderat planerisch herausfordernd sein.

2. Eintreten

2.1. Für Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, ist die Umfahrungsstrasse Neckarsulm im Moment das wichtigste Problem. Es sollte alles versucht werden, um einen flüssigen Verkehr zu erreichen (z.B. durch Umgestaltung der Bushaltestellen, damit der Verkehrsfluss nicht gestört wird). Was ihm sauer aufstösst, ist, dass die Planung der Umfahrung Ost nur bis zu GVG-Kreisel geht. Aus seiner Sicht sollten auch Massnahmen nördlich des Kreisels geprüft werden. Es ist vor allem die Bevölkerung im Norden, die dazu gebracht werden muss, das Zentrum nicht zu durchfahren.

- 2.2. Gemäss Claude Barbey hat man vorliegendenfalls die Verkehrsstrategie Zentrum Süd überprüft und die hört an einem gewissen Punkt auf (Spange Ost mit Neckarsulmstrasse mündet in Kreisel GVG). Marc Willemin spricht mit seinem Votum wohl die Flurstrasse und die Wissbächlistrasse an, welche nördlich des Kreisels liegen. Dort weiss man nicht, wie sich der Verkehr genau teilt, d.h. wie viel geht nach Norden, wie viel nach Osten. Das kann nur annähernd festgelegt werden. Es ist aber richtig, dass man auch dort herausgefordert ist, wie man künftig mit dem Verkehr umgehen will. Die grösste Entwicklung der Bruttogeschossfläche findet jedoch im Süd-Osten der Stadt statt.
- 2.3. Gemeinderat Hubert Bläsi dankt für aufwändige Arbeit und die interessanten Darlegungen. Der FPD-Fraktion ist aufgefallen, dass das vielschichtige Problem nicht in einem Aufwisch gelöst werden kann und dass in den nächsten Jahren die eine oder andere Massnahme getroffen werden muss. Sie ist sehr froh, dass heute keine Beschlüsse gefasst werden. Es ist eine erste Anhörung. Der Rest folgt step by step. Es steht aber jetzt schon fest, dass hier wohl eine Kröte geschluckt werden muss. Statistisch gesehen kommen in Grenchen jedes Jahr ca. 100 neu immatrikulierte Fahrzeuge hinzu, d.h. in 10 Jahren sind es 1'000 zusätzliche Fahrzeuge, welche die Stadt „schlucken“ muss und die müssen irgendwo kursieren. Wenn man die rege Bautätigkeit sieht, dann muss man sich zwingend damit befassen. Die FPD wird sich gegen schlechte Lösungen jedoch zu wehren wissen.
- 2.4. Gemeinderat Ivo von Büren hat an verschiedenen Sitzungen teilgenommen und sich intensiv mit der Thematik befasst. Ihm ist aufgefallen, dass hier eine Pflasterlipolitik betrieben wird. Er macht beliebt, einmal alle Quartiere anzuschauen und das ganze Verkehrskonzept zu überprüfen. Er hält es nicht für sinnvoll, hier und dort einzelne Massnahmen zu ergreifen. Das ergibt ein Flickwerk und einen Schilderwald mit Tempo-50-, Tempo-30- und Tempo-20-Tafeln. Vielleicht wäre es an der Zeit, mit der Zunahme der Bauten in Grenchen, welche entsprechend neue Einwohner und mehr Autos zur Folge haben werden, das ganze Verkehrskonzept zu überdenken.
- 2.5. Gemeinderat Remo Bill betont, dass Grenchen nicht nur eine Autostadt ist, sondern auch Rücksicht auf den Langsamverkehr nehmen muss. Viele der Sitzungsteilnehmer, welche keine Verkehrsspezialisten sind, waren mit der Thematik überfordert. Immerhin ist jetzt ein Papier entstanden, das eine gute Grundlage bietet. Man darf jetzt nicht einzelne Massnahmen herausnehmen, sonst gibt es ein Flickwerk. Der Gemeinderat soll das Gesamtkonzept anschauen und alle budgetrelevanten Anträge diskutieren können. Die SP-Fraktion dankt alle Beteiligten, insbesondere Claude Barbey, Ueli Haag, Experte und Moderator Resonanzgruppe, sowie Stadtplaner Fabian Ochsenbein. Die SP nimmt das Papier zur Kenntnis und wird gegen Massnahmen, welche sie für nicht geeignet erachtet, kämpfen; dafür ist sie als politische Partei da.
- 2.6. Die CVP-Fraktion, Gemeinderat Andreas Kummer, dankt für Grundlagenstudie – für sie ist das eigentlich nicht ein Konzept. Sie sieht auch nicht die Innovation in diesem Papier. Es ist die Bestätigung des bekannten „Ypsilon“. Es gibt keine neue Idee. Die Stossrichtung bleibt. Die angestrebte Reduktion der Verkehrsmenge auf der Innenstadtachse Nord-Süd und die Stärkung des „Ypsilon“ hält die CVP für richtig, machbar und umsetzbar. Wenn man den Langsamverkehr mit Tempo 30 in den Quartieren fördern will, muss das „Ypsilon“ aber so attraktiv gestaltet werden, dass man den Durchgangsverkehr auch auf diese Achse bringt (d.h. durch Einrichtung von Busbuchten, an denen zügig vorbeigefahren werden kann).

So wäre es möglich, viel mehr Verkehr um das Zentrum herum zu leiten. Dies ist eine Anregung bei der weiteren Arbeit am Konzept. Die CVP dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

- 2.7. Gemeinderat Richard Aschberger erkundigt sich, was die Konzeptstudie gekostet hat.
- 2.8. Gemäss Claude Barbey hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 13. März 2012 einen Nachtragskredit von Fr. 65'000.00 bewilligt (GRB Nr. 2568). Der Kreditrahmen wurde eingehalten.
Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Gemäss François Scheidegger geht es heute nur um eine Kenntnisnahme (Ziff. 3.1. der Vorlage). Die Ziffern 3.2. bis 3.4. der Vorlage sind zu streichen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Konzeptstudie Verkehrssituation Zentrum Süd Grenchen wird zur Kenntnis genommen.

Vollzug: BD

Beilage: Präsentation „Verkehrskonzept Grenchen Resonanzgruppe“ (Schaubilder 1-12)

BAPLUK
BD
FV
Stapo

7.9 / acs

IR 620.501 und IR 711.501 / Erschliessung Langhag / Projektgenehmigungen / Kreditbewilligungen

Vorlage: BAPLUKB 19/24.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Das Projekt und der Kostenvoranschlag Erschliessung Langhag, Erschliessungsstrasse und Werkleitungen werden genehmigt.
- 4.2. Für die Erschliessungsanlage Langhag, Erschliessungsstrasse ist für den Strassenbau zulasten der Investitionsrechnung IR 620.501, Verkehr ein Gesamtkredit inklusive Mehrwertsteuer von Fr. 475'000.00 zu bewilligen.
- 4.3. Das Projekt und der Kostenvoranschlag Erschliessung Langhag, Neuerstellung Entwässerungsanlagen werden genehmigt.
- 4.4. Für die Erschliessungsanlage Langhag, Neuerstellung Entwässerungsanlagen ist für die Entwässerungsanlagen zulasten der Investitionsrechnung IR 711.501, Abwasserbeseitigung ein Gesamtkredit exklusive Mehrwertsteuer von Fr. 125'000.00 zu bewilligen.
- 4.5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die SWG für die Erschliessungsanlage Langhag, Neuerstellung Wasserleitungsanlage einen entsprechenden Kredit von Fr. 65'000.00 zu bewilligen haben.

- 4.6. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass für das Objekt Erschliessungsanlage Langhag, Erschliessungsstrasse mit Werkleitungen mit Grundeigentümerbeiträgen von insgesamt Fr. 455'000.00, für die Erschliessungsanlage Langhag, Neuerstellung Entwässerungsanlagen mit Grundeigentümerbeiträgen von insgesamt Fr. 130'000.00 und für die Erschliessungsanlage Langhag, Neuerstellung Wasserleitungsanlage mit Grundeigentümerbeiträgen von insgesamt Fr. 65'000.00 gerechnet werden kann.
- 4.7. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass für den von der Stadt zu erbringenden Perimeterbeitrag des sich neu im Besitz der Stadt befindliche Grundstücks GB 5987 inklusive des sich im Besitz der Stadt befindlichen nicht mehr benötigten Strassenareals dieses Bereiches mit einer Fläche von total 797 m² und einer neuen Gesamtfläche von 4107 m² ein geschätzter Kredit in der Höhe von insgesamt Fr. 225'000.00 zu bewilligen ist. Der entsprechende Kredit wird nach dem Vorliegen der definitiven Auflage der Beitragspläne beantragt.
- 4.8. Die Baudirektion wird beauftragt, für die Erschliessungsanlage Langhag, Erschliessungsstrasse und Neuerstellung Entwässerungsanlagen vor Baubeginn einen Beitragsplan öffentlich aufzulegen.
- 4.9. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die SWG für die Erschliessungsanlage Langhag, Neuerstellung Wasserleitungsanlage vor Baubeginn einen Beitragsplan öffentlich auflegen.

Vollzug: BD, FV

BAPLUK
BD
FV

7.9.3.0 / acs

Aufgabenbereich Leitungskataster der Stadt Grenchen / Personalsituation / Stelle Mess- gehilfe Leitungskataster

Vorlage: BAPLUKB 22/24.02.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
 2. Eintreten
 - 2.1. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt der Schaffung einer Stelle eines Messgehilfen zu.
 - 2.2. Gemeinderat Bläsi Hubert erklärt, dass auch er – wie andere hier im Rat – ein Gespräch mit dem Vertreter des Geschäfts geführt hat. Es war sehr eindrücklich, was man alles zu hören bekam, vor allem was die Person, um die es hier geht, betrifft. Das ist auch ein wichtiges Argument. Schon allein deshalb müsste man positiv gegenüber der Vorlage eingestimmt sein. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Beträge, welche in der Vorlage stehen, nicht nur als Aufwand für die Stadt anzusehen sind. Es gibt auch noch einen „Return on Investment“, im Sinne von Beiträgen, welche man einziehen kann. Aus diesem Grund sollen die Gemeinderäte angesichts der Höhe der Aufwendungen nicht erschrecken. Im Namen der FDP-Fraktion teilt er mit, dass sie die Vorlage einstimmig unterstützen wird.
 - 2.3. Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, stimmt die SP-Fraktion der Schaffung der Stelle Messgehilfe im Bereich Leitungskataster und dem nötigen Nachtragskredit zu, zumal die laufende Rechnung der Stadt mit der Schaffung dieser Stelle nicht zusätzlich belastet wird. Man hat eine gut funktionierende und moderne Abteilung Leitungskataster, die somit mit der neuen Stelle als Ergänzung des Teams für die zukünftigen Aufgaben gewappnet ist.
 - 2.4. Laut Gemeinderat Marco Crivelli ist auch die CVP-/glp-Fraktion für Eintreten. Aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit in Grenchen kann er sagen, dass die Abteilung Leitungskataster sehr gute Arbeit leistet, die zum Teil seinesgleichen sucht. Wenn seine Firma über irgendeine Leitung im Boden Auskunft will, dann kann sie jeweils mit einer sehr genauen und sehr professionellen Antwort rechnen. Aus diesem Grund stimmt die CVP-/glp-Fraktion der Vorlage zu.
- Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat nimmt von der Personalsituation sowie der Aufgabensituation im Bereich des Leitungskatasters und des Tiefbaus Kenntnis. Der Schaffung einer Stelle eines Messgehilfen wird zugestimmt.
- 4.2. Dem Einsatz eines Messgehilfen im Leitungskatasterbereich mit einem Pensum von 60% wird zugestimmt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit zusätzlichen jährlichen Aufwendungen von rund Fr. 30'000.00 gerechnet werden muss.
- 4.3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die ab dem 1. Mai 2014 bis am 31. Dezember 2014 geplante Beschäftigung eines Messgehilfen Leitungskataster ein Nachtragskredit erforderlich wird. Für die Beschäftigung des Messgehilfen Leitungskataster wird für das Jahr 2014 zulasten der Rubrik 103.301.00, Besoldungen Leitungskataster ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 20'000.00 genehmigt.
- 4.4. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass diese Aufwendungen den SWG, der GAG, der Swisscom sowie der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung weiterverrechnet werden und dass die entsprechenden Koordinationen stattgefunden haben.
- 4.5. Das Personalamt und die Baudirektion werden ermächtigt, die Stellenbesetzung einzuleiten.

Vollzug: BD, PA

BAPLUK
BD
FV
PA

8.7.4.5 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): Veto gegen Wegzug der Veranlagungsbehörde

1. Mit Datum vom 25. März 2014 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:

Die Solothurner Regierung will die regionale Veranlagungsbehörde in Grenchen schliessen. Dies bedeute ein weiterer Verlust von «Service Public» für die Stadt und Region Grenchen. Es geht aber auch um den Verlust von Arbeitsplätzen und Steuerzahlern.

Die Bevölkerung der Region Grenchen ist mit dieser Regierungsratsentscheid nicht einverstanden und erwartet, dass auf politischer Ebene alles dagegen unternommen wird.

1. *Welche Bemühungen hat die Verwaltung unternommen, um diesen «Service Public» Abbau in Grenchen zu verhindern?*
2. *Werden die Kantonsräte in der Region Grenchen von der Verwaltung unterstützt, sich gegen die Schliessung der Veranlagungsbehörde politisch einzusetzen?*
3. *Wie wird die Chance beurteilt, dass die Veranlagungsbehörde in Grenchen bleibt und andere Kantonale Verwaltungen - mit dem geplanten Verwaltungsgebäude - in Grenchen Einzug halten?*

2. Beantwortung

- 2.1. Zu Frage 1: Der ehemalige Stadtpräsident Boris Banga und David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, haben am 25. November 2013 ein erstes Schreiben an das Finanzdepartement, Regierungsrat Roland Heim, gerichtet und sich darin klar dafür eingesetzt, dass die Veranlagungsbehörde in Grenchen bleibt.
 - 2.1.1 Am 9. Dezember 2013 fand im Parktheater Grenchen eine Aussprache mit dem Gesamtregierungsrat statt, bei dem auch die Zukunft der Veranlagungsbehörde ein Thema war. Unter Verschiedenem hat Finanzdirektor Roland Heim die Grenchner Delegation orientiert, dass der Regierungsrat die Absicht hegt, die Veranlagungsbehörde aus Kostengründen in Grenchen zu schliessen. Stadtpräsident François Scheidegger hat nach seinem Amtsantritt am 6. Januar 2014 Kontakt mit Michael Schwaller, Steuerpräsident Veranlagungsbehörde Grenchen, aufgenommen und sich zu einem Besuch auf der Veranlagungsbehörde angemeldet. Dies löste eine Reihe von Telefonaten aus

Dass der Stadtpräsident von Grenchen Veranlagungsbehörde besuchen will, hat gewisse Leute im Kanton stutzig gemacht. François Scheidegger hat aber vor seinem Besuch noch ein Telefongespräch mit dem Finanzdirektor geführt und ihm mitgeteilt, dass er erstaunt über die Reaktion des Kantons sei. Bei seinem Besuch auf der Veranlagungsbehörde gehe nicht um einen konkreten Anlass, sondern um einen Antrittsbesuch. Er verwies in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, dass die Stadt an ihrer klaren Haltung betreffend Veranlagungsbehörde festhält. Der Finanzdirektor erklärt sich bereit, die Sache nochmals zu prüfen, wenn Grenchen dem Kanton aufzeigen kann, wie Kosten gespart werden können. Drei Tage später, am 5. Februar 2014, fand die 1 ½-stündige Besprechung mit Michael Schwaller in der Veranlagungsbehörde statt, an der auch Marcel Gehring, Chef des kantonalen Steueramtes, anwesend war. François Scheidegger hat versucht, Verständnis bei den Vertretern des Kantons für die Situation der Stadt Grenchen zu wecken. Grenchen hat den Eindruck, dass Sparmassnahmen immer auf dem Buckel von Grenchen und immer zugunsten von Solothurn geschehen. Ihm wurde in Aussicht gestellt, dass der Kanton bereit ist, ein gemeinsames Verwaltungsgebäude mit der Stadt Grenchen zu erstellen. Wie kann man eine solche Aussagen machen und dann trotzdem Stellen abziehen? Der Finanzdirektor hat ihm versprochen, zu prüfen, ob man in Grenchen etwas anderes ansiedeln könnte (z.B. die kantonale Finanzkontrolle). Das ist zwar gut gemeint, aber François Scheidegger möchte lieber die Dienststellen in Grenchen behalten, von denen auch die Bürger, sprich die Kunden, etwas haben.

- 2.1.2 François Scheidegger hat darauf mit den Gemeindepräsidentinnen von Bettlach, Barbara Leibundgut, und von Selzach, Silvia Spycher, zusammengespannt und mit Schreiben vom 13. Februar 2014 schriftlich interveniert. Es wurden nochmals alle Argumente ausgebreitet. Es kam dann zu einigen Telefonaten. Aber die Stadt hat nie eine richtige Antwort erhalten.
- 2.1.3 Mit Schreiben vom 28. Februar 2014 hat François Scheidegger zusammen mit David Baumgartner dem Finanzdirektor einen Lösungsvorschlag unterbreitet (Zusammenlegung der Büroräumlichkeiten im 4. und 5. Stock der Veranlagungsbehörde mit Kostenersparnis von rund Fr. 20'000.00 als Übergangslösung sowie Prüfung weiterer preisgünstiger Büroräumlichkeiten in Grenchen wie z.B. SWG-Gebäude). Per Just, Geschäftsleiter SWG, erhielt darauf den Auftrag, eine Lösung mit dem SWG-Gebäude abzuklären. Aufgrund der Offerte der SWG an den Finanzdirektor, kam es dann zu einem Augenschein vor Ort mit einem Vertreter des Kantons bzw. der kantonalen Pensionskasse. Es wurde der Stadt beschieden, dass das Angebot interessant ist und die Übernahme des Gebäudes eine gute Variante wäre. Das Projekt eines kommunalen und kantonalen Verwaltungsgebäudes in Grenchen müsste man dann allerdings vergessen (Anmerkung: die kantonale Pensionskasse hat in der Zwischenzeit ihr Desinteresse bekundet.).
- 2.1.4 Die drei Gemeindepräsidien von Grenchen, Bettlach und Selzach richteten am 7. März 2014 im Hinblick auf die Regierungsratssitzung vom 11. März 2014 ein Schreiben an den Gesamtregierungsrat, worin sie betonen, dass es für sie nicht akzeptabel ist, dass die Veranlagungsbehörde Grenchen geschlossen wird und mehr als 3'000 Kunden gezwungen werden, nach Solothurn zu pilgern. Es wurde auch auf die volkswirtschaftlichen Kosten hingewiesen. François Scheidegger bezweifelt, ob man unter dem Strich mit dem Standortwechsel und der Einsparung des Steuerpräsidenten Grenchen wirklich etwas spart.

Er kann sich nicht vorstellen, dass die Aufgabe des Steuerpräsidenten Grenchen nur darin bestehen soll, Mitarbeitende zu führen, er wird bestimmt noch andere Aufgaben wahrnehmen.

- 2.1.5 An 7. März 2014 fand in Solothurn die a.o. 65. Generalversammlung des VSEG statt. An Rande der GV konnten Barbara Leibundgut und François Scheidegger kurz mit dem Finanzdirektor sprechen, welcher ihnen ein Schreiben des Finanzdepartements in Aussicht stellte, welches dann auch eingetroffen ist.
- 2.1.6 Am 11. März 2014 beschloss der Regierungsrat an seiner Sitzung, die Veranlagungsbehörde Grenchen zu schliessen. Der Entscheid hat grosse Bestürzung ausgelöst, so dass sich die drei Gemeindepräsidien von Grenchen, Bettlach, Selzach am 14. März 2014 nochmals zu einer Sitzung in Bettlach trafen und ein Wiedererwägungsgesuch an die Gesamtregierung verfassten. Der Regierung hat in Unkenntnis des Briefes der drei Einwohnergemeinden vom 7. März 2014 entschieden. Mit dem Wiedererwägungsgesuch wurde der Regierungsrat ersucht, nochmals über das Geschäft zu beraten und diesmal die Argumente und die Vorschläge der Region zu berücksichtigen.
- 2.1.7 Angesichts der bevorstehen Kantonsratssession (18./19.03. März 2014) wurden alle Kantonsräte von Grenchen, Bettlach und Selzach mit dem bisherigen Schriftverkehr bedient, dem sie die Argumente der Gemeinden Grenchen, Bettlach, Selzach für den Beibehalt des Standorts Grenchen entnehmen konnten. Auf einem entsprechenden Formular wurde auch der Vetotext vorbereitet. Am 19. März 2014 wurde das Veto von 25 der 100 Kantonsräte gegen den Regierungsratsbeschluss ergriffen. Der Ball liegt nun beim Kantonsrat, welcher darüber befinden muss. Er hat von David Baumgartner ein Argumentarium zusammenstellen und abklären lassen, wie viele Stellen der Kanton in der Stadt Grenchen (ohne Schulen) und wie viele er in Solothurn hat. In Grenchen kommt man auf ca. 28 kantonale Stellen, wohingegen es in Solothurn ein paar Tausend gibt. François Scheidegger empfindet es als Zumutung, dass man jetzt diese wenigen Stellen auch noch abtreten muss. Er hofft auf die Kantonsrätinnen und -räte, dass sie sich für die Region Grenchen einsetzen. In der Region Thal-Gäu werden ebenfalls Verlegungspläne für die Veranlagungsbehörde Balsthal geprüft. Dort müssten sich die Bürger nach einer Schliessung nach Olten begeben. Im Zusammenhang mit der Geschäft „Ausfinanzierung Kantonale Pensionskasse“ spricht der Kanton davon, dass Kanton und Gemeinden partnerschaftlich miteinander umgehen sollen. Gleichzeitig springt die Gesamtregierung so mit der Stadt Grenchen und den Gemeinden Bettlach und Selzach um. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Gemeinden nicht bereit sind, freiwillig Millionen Franken für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse zu überweisen. Bis heute hat der Regierungsrat bzw. Finanzdirektor Roland Heim noch nicht auf das Wiedererwägungsgesuch vom 17. März 2014 reagiert.
- 2.2. Zu Frage 2: siehe Ziff. 2.1.7
- 2.3. Zu Frage 3: François Scheidegger und alle weiteren Beteiligten engagieren sich weiterhin für den Beibehalt des Standorts Grenchen.

Das Projekt eines kommunalen und kantonalen Verwaltungsgebäudes in Grenchen ist für die Verwaltung immer noch ein Thema und wird weiterverfolgt. Hier wäre ein Vorstoss im Kantonsrat vielleicht hilfreich damit man den Kanton bei seinen Zusicherungen packen kann, sonst geht das wieder vergessen.

- 2.4. Gemeinderat Hubert Bläsi hat unterdessen selbst mit dem Finanzdirektor gesprochen. Grenchen hat ein Problem mit seinem Image, seiner Aussenwirkung. Auswärtige haben oft den Eindruck, dass sich Grenchen immer nur „beklagt“. Er fordert die Ratsmitglieder auf, alle Kantonsrätinnen und -räten, die sie persönlich kennen, über den wahren Sachverhalt zu informieren. Es braucht im Kantonrat eine Mehrheit (51 Stimmen). Es haben aber nur 25 Kantonsräte das Veto unterschrieben. Man hat also noch ein gehöriges Stück Arbeit vor sich. Eine Charmeoffensive ist wichtig und nötig. Die Probleme von Grenchen werden von aussen nicht so wahrgenommen, wie sie sich wirklich präsentieren. Deshalb ist es für die Region Grenchen wichtig möglichst viele Kantonsratsmitglieder auf ihre Seite zu ziehen.

3. Stellungnahme Interpellant

- 3.1. Gemeinderat Remo Bill dankt namens der SP-Fraktion François Scheidegger für die mündliche Begründung und seinen engagierten Einsatz. Der Gemeinderat ist offen für alle Vorschläge, wie er die Verwaltung noch mehr unterstützen könnte. Vielleicht würde auch eine Delegation etwas bringen. Er zeigt sich von der Antwort sehr befriedigt.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

FV
BD

0.1.5.2 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): Auch in Zukunft "Porsche Design Timepieces" in Grenchen?

1. Mit Datum vom 25. März 2014 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Was Kenner bereits seit längerer Zeit wussten, ist nun auch offiziell: die Porsche Design Group und die Eterna AG lösen ihren Lizenzvertrag über die Entwicklung, Produktion und den Vertrieb von hochwertigen Uhren auf. Dies war nach dem Verkauf der Eterna AG an die China Haidian Holding vor drei Jahren auch vorauszusehen.

Es versteht sich von selbst, dass Porsche Uhren u.a. mit der Marke „Porsche“ weiterhin hergestellt und vertrieben werden. Es fragt sich bloss wo. Denn die „Uhrenkanton“ Bern, Neuenburg und Jura haben sich in diesem Wettbewerb schon lange in Position gebracht!

- 1. Welche Kontakte, Bemühungen inkl. Offerten hat die Verwaltung unternommen, um diese Produktion weiterhin am Standort Grenchen zu behalten bzw. anzusiedeln?*
- 2. Wurde versucht, auch einen neuen Partner für die Entwicklung und Produktion von Porsche Uhren zu suchen bzw. zu vermitteln?*
- 3. Wie wird die Chance beurteilt, das neue Unternehmen am Standort Grenchen oder im Kanton Solothurn zu behalten?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Wifö
BD
FV

8.5.1 / acs

Interpellation Richard Aschberger (SVP): Neue und attraktive Wohn- und Bauzonen als Standortvorteil

1. Mit Datum vom 25. März 2014 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Grenchen liegt geographisch ideal gelegen für Pendler in die grossen Ballungszentren wie Zürich, Bern und natürlich auch Basel (alles erreichbar in knapp einer Stunde mit dem ÖV).

Hinzu kommt, dass Grenchen eine gut ausgebaute Infrastruktur hat inklusive diverser Kindergärten, Schulen usw. Einkaufsmöglichkeiten gibt es bei uns auch genügend, es lässt sich hervorragend leben in Grenchen.

Was unserer Stadt fehlt, sind vermehrt gute bis sehr gute Steuerzahler und diese kann man mit guten Wohnlagen und Baugrundstücken überzeugen, sich in Grenchen niederzulassen. Das Gleiche gilt für vermögende Personen, da die Vermögenssteuer in den letzten Jahren stetig gesunken ist und auch mit den bekannten Tiefsteuerdomizilen mithalten kann.

Attraktive Wohnlagen mit grosszügigen Baugrundstücken/Parzellen (Stichwort Ausnutzungsziffer bspw.) mit Alpensicht sind rar geworden, auch in den umliegenden Gemeinden. Wer „Premium“-Bauland anbieten kann, hat einen klaren Standortvorteil im Wettbewerb um die besten Steuerzahler. Dazu sind die Landpreise hier noch vernünftig.

Hierzu habe ich Fragen an die Verwaltung.

- 1. Was unternimmt die Stadt Grenchen aktuell um gute Steuerzahler zu überzeugen, sich bei uns niederzulassen?*
- 2. Gute und privilegierte Wohnzonen mit gehobenen EFH/Villen sind rar geworden, gibt es Pläne weitere Baugrundstücke zu erschliessen oder gar neue Wohnzonen einzurichten mit einer Auflage für hochwertige Bauten?*
- 3. Zum Beispiel das Land beim Chappeli (Allerheiligenstrasse/Rehweg), das wurde vor Jahrzehnten schon mal diskutiert zwecks Umzonung, wäre das in der heutigen Lage wieder eine Diskussion wert?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Wifö
BD
FV
SMKS

8.5.6 / acs

Interpellation Angela Kummer (SP): Wie weiter mit dem SMKS?

1. Mit Datum vom 25. März 2014 reicht Angela Kummer (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Das Arbeitsverhältnis mit der Amtsleiterin „Standortmarketing, Kultur und Sport“ wurde Ende Juli 2013 aufgelöst. Seither übernehmen die Stadtkanzlei sowie weitere Personen der Stadtverwaltung die wichtigsten anstehenden Aufgaben. Vieles liegt aber auf Eis.

Ich schätze das Engagement der Angestellten der Stadtverwaltung und die rasche Aufgabenverteilung. Trotzdem ist der Zusatzaufwand für gewisse Mitarbeitende eine grosse Belastung. Viele Aufgaben mussten auf verschiedene Personen verteilt werden, so dass mehr Absprachen untereinander als üblich nötig sind und nicht sehr effektiv gearbeitet werden kann. Gewisse Aufgaben und Zuständigkeiten sind nicht klar.

Am 2. Juli 2013 wurde das überparteiliche Postulat – Konzept einer Stelle „Stadtentwicklung“ – von den Fraktionen SP, FDP und SVP, unterstützt durch die Jugendkommission sowie die Integrationskommission, eingereicht.

Darum stelle ich folgende Fragen:

- 1. Wie geht es weiter mit dem Amt „Standortmarketing, Kultur und Sport“? Was sind die Kernaufgaben, welche das SMKS zu erfüllen hat?*
- 2. Wann gedenkt die Verwaltung, die offenen Stellen wieder zu besetzen?*
- 3. Wie kann das am 2. Juli 2013 eingereichte überparteiliche Postulat „Stadtentwicklung“ allenfalls ins Amt SMKS eingebunden werden?*
- 4. Ist vorgesehen, eine Person im SMKS als erste Ansprechperson für kulturelle Belange zu ernennen?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SMKS
FV

8.5.6 / acs

Interpellation Alexander Kaufmann (SP): Zukunft des Fussballsports in Grenchen

1. Mit Datum vom 25. März 2014 reicht Alexander Kaufmann (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Die Stadt Grenchen besitzt eine vorbildliche Sportstättenzone mit einer hervorragenden Infrastruktur. Nebst den Fussballplätzen, dem Brühlstation, dem Velodrome Suisse und dem Gartenbad kommt jetzt auch im Turnerstadion mit dem neuen Projekt Bewegung und ein frischer Wind auf. Eine sehr erfreuliche Sache, welche unterstützungswürdig ist.

Weniger erfreulich ist die Entwicklung im Fussball. Allen voran dem FC Grenchen; einst schweizweit das grosse, sportliche Aushängeschild der Stadt Grenchen.

Nach dem Aus des Uhrencups ist jetzt auch der FC Grenchen in seiner Existenz bedroht. Seit Jahren versuchen die 4 Fussballvereine, mehr schlecht als recht den Sport- und Vereinsbetrieb aufrecht zu erhalten. Man mag vermuten, dass nur dank der ununterbrochenen Nachfrage des Juniorenfussballs die Vereine noch existieren. Die Suche nach potentiellen Sponsoren gestaltet sich bei 4 Fussballvereinen auf einem Platz eher schwierig.

Mit dem Rücktritt von Rolf Bieri als Präsident des FC Grenchen auf die nächste GV bietet sich jetzt den Fussballvereinen die grosse Chance, die Zukunft des Fussballsports in Grenchen gemeinsam anzupacken. Nur wenn gemeinsam an einem Strick gezogen wird und die Bereitschaft vorhanden ist, alte Zöpfe abzuschneiden sowie einen Neuanfang unter einem Dach zu starten, kann der Fussball in Grenchen weiter erfolgreich und nachhaltig betrieben werden. Die Politik und die Behörden müssen diesen Schritt begleiten und unterstützen.

Deshalb bitten wir die Stadtverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Ist geplant, die Gespräche am runden Tisch mit allen beteiligten Vereinsvertretern wieder aufzunehmen?*
- 2. Damit die Stadt den Fusionsprozess unter den 4 Fussballvereinen unterstützen und begleiten kann, wäre es sinnvoll, eine politische Kommission aus Vertretern des Gemeinderates zu bilden. Sind solche Überlegungen in der Stadtverwaltung schon diskutiert und aufgenommen worden?*

3. *Gibt es weitere Massnahmen und Handlungen, welche die Stadt Grenchen im Zusammenhang mit der Zukunft der Fussballvereine vornehmen kann?*
 4. *Sind nächstens weitere Anpassungen der Infrastruktur innerhalb der Sportstättenzone für den Fussball geplant?*
2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SMKS
BD
FV

3.4.5 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Aufhebung Gestaltungsplan „Nivada-Areal“ mit Sonderbauvorschriften

- 1.1. Der Regierungsrat hat mit RRB 2014/521 vom 17. März 2014 die Aufhebung Gestaltungsplan „Nivada-Areal“ mit Sonderbauvorschriften genehmigt.

2. Teilzonen- und Gestaltungsplan „Brühl“ mit Sonderbauvorschriften

- 2.1. Der Regierungsrat hat mit RRB 2014/522 vom 17. März 2014 Teilzonen- und Gestaltungsplan „Brühl“ mit Sonderbauvorschriften genehmigt.